

II-666 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ
Zl. IV-50.004/62-2/79

1010 Wien, den 18. Februar 1980
Stubenring 1
Telephon 75 00

292/AB

1980 -02- 19

zu 287/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten GRABHER-MEYER
und Genossen an den Bundesminister für Ge-
sundheit und Umweltschutz betreffend Verbot
von Spraydosen-Treibgasen (Nr. 287/J-NR/1979)

In der gegenständlichen Anfrage wird folgende Frage ge-
stellt:

"Planen Sie in Anbetracht der alarmierenden Erkenntnisse
über die durch die genannten Treibgase hervorgerufenen Schäden
eine Einschränkung oder das Verbot der Produktion und Verwen-
dung von Chlor-Fluorkohlenwasserstoffen in Spraydosen?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Wie bereits im Rahmen der Beantwortung der schriftlichen
parlamentarischen Anfragen der Abgeordneten Mag. HÖCHTL und Ge-
nossen (Nr. 1716/J-NR/1978) sowie der Abgeordneten Dr. SCRINZI
und Genossen (Nr. 2151/J-NR/1978) dargelegt wurde, waren die
Aussagen der Wissenschaftler zu diesem Thema nie einheitlich.
Der Grund für diese Divergenzen liegt sicher in der Komplexität
von photochemischen Prozessen in der Gasphase und in der Beein-
flussung der Ozonkonzentration in der Stratosphäre durch andere
Luftschadstoffe (z.B. Abgase hochfliegender ziviler und mili-
tärischer Luftfahrzeuge).

Diese Auffassungsunterschiede in den wissenschaftlichen Un-
tersuchungen sind nach wie vor vorhanden. So führt die letzte

- 2 -

Untersuchung der National Academy of Science der USA zu dem Schluß, daß die Fluorkohlenwasserstoffe eine bedeutende Verminderung der Ozonkonzentration verursachen; eine etwa zur gleichen Zeit publizierte Arbeit des Department of the Enviroment in Großbritannien kommt aber zu einem gegenteiligen Schluß. Es wird auch immer wieder die Vermutung geäußert, daß hinter der Diskussion um die Auswirkungen der Fluorkohlenwasserstoffe in der Umwelt entweder Konkurrenz motive potenter Wirtschaftsunternehmen oder Motive der Ablenkung von anderen, größeren Gefahren - wie etwa den von Flugzeugen ermittelten Stickoxiden - stünden.

Wie schon mehrmals und von verschiedenen Seiten festgestellt wurde, liegt es in der Natur der Sache, daß ein Alleingang Österreichs wenig Sinn hat. Wir werden daher unter Beachtung der einschlägigen Entwicklung bei unseren Nachbarstaaten und Haupthandelspartnern dafür sorgen, daß in Österreich bei Vorliegen eindeutiger und übereinstimmender wissenschaftlicher Erkenntnisse im Rahmen eines koordinierten Vorgehens dieser Staaten die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden.

Der Bundesminister:

